

Begriff „liminal lattice“ ein, der im Wesentlichen auf eine „Netzwerkorganisation ohne Kern“ (Chaiwat Satha-Anand) hinweist. Anhänger des Netzwerkes seien vor allem Jugendliche aus den Dörfern des Südens, die häufig mehr oder minder ahnungslos rekrutiert würden. Der Islam und die Geschichte dienten hier als Mobilisierungsquelle. Diese Kenntnisse decken sich im Wesentlichen mit der existierenden Forschung, die eine ähnliche Rolle bereits herausgearbeitet hat (Croissant, Liow, Chalk). Das in Teilen der Forschung gezeichnete Bild von der „Problemregion“ Südthailand, die sich durch einen low intensity conflict und einer hohen Kriminalitätsrate auszeichnet (Askew), wird durch die Forschung McCargos bestätigt. Von der Rebellenorganisation erfahren wir wenig wirklich Neues, was angesichts des schwierigen Forschungsumfeldes jedoch auch nicht zu erwarten war. Auch wenn der letzte Teil des Buches lediglich bestehende Forschung bestätigt, bleibt *Tearing Apart The Land* ein bedeutendes Buch. Es bietet eine Gesamtanalyse des Konflikts in den letzten 20 Jahren an, kontextualisiert die Ursachen und den Verlauf des Konflikts und bietet eine gute Erklärung für die Re-Eskalation der Gewalt seit 2004. Dies macht das Buch für ein Verständnis des Konflikts in Südthailand unverzichtbar.

Marco Bünte

Eiichi Kido: Die Remilitarisierung Japans nach 1945. Rückkehr zu einem militanten Nationalismus?

Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., 2009, 178 S., EUR 24,90

Das vorliegende Buch ist eine Dissertation, die von Fritz Vilmar an der Freien Universität Berlin betreut wurde und der auch das Geleitwort verfasste. Der Verfasser lehrt nach Studien in der DDR seit einigen Jahren an der Nationaluniversität Osaka Politikwissenschaften.

Nicht nur seit dem epochalen Regierungswechsel im September 2009, nach dem die LDP nach 54 Jahren fast ununterbrochener Herrschaft durch die DPJ abgelöst wurde, steht Japans Regierungspolitik weltweit im Mittelpunkt des Interesses, aber insbesondere seitens seiner Nachbarn. Ob dieser Regierungswechsel auch zu einer Änderung in Hinblick auf die zunehmende Militarisierung Japans führt, dem Gegenstand der vorliegenden Untersuchung, ist eine der zentralen Fragen in Hinblick auf die Zukunft Nordostasiens. Immerhin hat der neue Regierungschef Hatoyama Yukio das Angebot seitens Chinas und Koreas sowie andere ostasiatischer Staaten aufgegriffen, eine ostasiatische Gemeinschaft nach dem Vorbild der EU zu gründen. Ein Schritt, den seine Vorgänger verweigerten. Ob tatsächlich eine ganz andere Außen- und Verteidigungspolitik durchgeführt werden wird, ist jedoch noch offen. Immerhin war Hatoyama bis 1993 selber – wie die meisten seiner Mitstreiter – ein führender LDP-Politiker und stammt aus einer alten LDP-Politikerfamilie. Denn die DPJ hat auch in ihrer Oppositionszeit keine grundsätzlich andere Außen- und Verteidigungspolitik vertreten, sogar einer Reihe von Gesetzen zugestimmt, die die Einschränkung von Grundrechten und Militarisierung beförderten.

Der Band ist nach dem Vorwort in sechs Kapitel gegliedert: In der Einleitung werden Problembewusstsein, Methode sowie Forschungsstand thematisiert. Das zweite Kapitel widmet sich der „verdeckten Remilitarisierung“ bis Mitte der 80er Jahre, das dritte ist übertitelt „Abrechnung mit der Nachkriegspolitik“, das vierte behandelt die Übergangsperiode zur Anpassung an die wirtschaftlich-militärische Globalisierung, das fünfte die zunehmende Militarisierung (ab 2001). Das Buch schließt mit friedenswissenschaftlichen Schlussfolgerungen.

In seinem Geleitwort verweist Fritz Vilmar bereits auf die wesentlichen Punkte der Abhandlung Kidos: die Schuldfrage des Tennō für den „Großen Ostasiatischen

Krieg“ und damit verbunden die nichtverarbeitete Vergangenheit Japans, mit den Atombombenabwürfen die Opfer- statt Täterrolle einnehmend – weitgehend im Unterschied zu Deutschland, weiterhin die Doppelrolle der USA einerseits in Hinblick auf den Friedensartikel 9 der japanischen Verfassung andererseits bei der versteckten Remilitarisierung seit den 1950er Jahren und schließlich die Bemühungen der Eliten, Japan zu einem „normalen“ Staat zu machen, d.h. mit offenen militärischen Streitkräften durch Neuformulierung des Artikel 9, der japanisches Militär untersagt. Deswegen wird scheinheilig von „Selbstverteidigungskräften“ gesprochen, die deswegen auch keine Auslandseinsätze durchführen dürfen. Jedoch hatte Japan in den 1990er Jahren bereits die zweithöchsten Militärausgaben aller Nationen – ist aber mittlerweile auf den fünften Platz zurück gefallen.

Eiichi Kido ist zweifelsohne ein engagierter Wissenschaftler im Sinne einer kritischen, interdisziplinären Friedensforschung, die also nicht nur beschreibt, sondern Position bezieht im Sinne von Frieden stiften, Demokratie wagen und Menschenrechte wahren – im besten Sinne der Vorgehensweisen von Johan Galtung und Immanuel Wallerstein (S. 22).

Nach Kido ist der japanische Nationalismus, die treibende Kraft der Remilitarisierung, durch drei Elemente gekennzeichnet: den Tennökult, den Geschichtsrevisionismus und den (Wohlstands-)Chauvinismus (S. 25). Wobei es dabei zu einem inneren Widerspruch in zweierlei Hinsicht kommt: 1. Der japanische Nationalismus müsste sich eigentlich – wie in der Vergangenheit – dem Hegemoniestreben der USA widersetzen. 2. Neokonservative und Neoliberale vertreten an sich unterschiedliche Interessen, wie in den USA auch. Insofern kommt es ständig zu Kompromissen zwischen diesen beiden Strömungen innerhalb der LDP – aber auch innerhalb der DPJ.

Ein interessantes Argument präsentiert Kido im Zusammenhang mit den Exportoffensi-

ven Japans und der Unterstützung autoritärer Regime in Ostasien (Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia), die an Stelle von Japan und mit dessen Unterstützung zu Militärmächten aufrüsteten (S. 65). Der eigentliche Durchbruch zur vollen Militärmacht mit begleitenden quasi „Notstandsgesetzen“ erfolgte 2004, als der damalige Premierminister Junichirô Kozumi ein Paket von sieben Gesetzen durchpeitschte (S. 134). Nach den Attentaten des 11. September, dem darauf folgenden sogenannten „Krieg gegen den Terror“ und der Ausrufung der „Achse des Bösen“, den Einmärschen in Afghanistan und den Irak wurde von der George W. Bush-Administration ein stärkerer Juniorpartner in Ostasien gewünscht. Dies geschah auch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit militärischer „Normalität“ im Hinblick auf Japans Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (S. 138).

Die Doppelstrategie der USA ist unabhängig davon, ob es sich um eine republikanische oder demokratische Administration handelt. Unter dem demokratischen Präsidenten Johnson wurden 1965 Politiker mit Hilfe des CIA bestochen, und unter Clinton wurde die Remilitarisierung weiter vorangetrieben. Insofern stellt sich die Frage, ob Präsident Obama die Kraft und Unterstützung hat, gegen den US-militärisch-industriellen Komplex anzugehen, wenn er schon Probleme mit der Gesundheitsreform hat. Verwunderlich ist zudem, dass die USA nie gegen die Besuche japanischer Politiker am Yasukuni-Schrein protestiert haben, obwohl dort die Kriegsverbrecher verehrt werden, die von ihnen verurteilt und hingerichtet wurden.

Einen wesentlichen Grund für die Remilitarisierung sieht der Autor in der reaktionären und korrupten Struktur des japanischen politischen Systems, das die Klasse der „Erbpolitiker“ hervorgebracht hat, deren Wurzeln bis in die Vorkriegs- und Kriegszeit zurück reichen (S. 147). Sie haben inzwischen die Remilitarisierung mit Hilfe der USA fast geschafft. Jedoch gibt es auch

noch immer eine starke Friedensbewegung, die sich 2007 in zahlreichen „Artikel 9-Gesellschaften“ zusammen geschlossen hat und einen Meinungsumschwung hinsichtlich der Reform des Artikels 9 bewirkte. Mittlerweile ist wieder eine Mehrheit der Bevölkerung gegen jegliche Revision dieses Friedensartikels. Diese Mehrheit hat sicherlich auch zum Wahlerfolg der DPJ beigetragen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Mehrheit stabil bleibt und die neue US-Administration nicht wieder Druck in Richtung auf Abschaffung des Artikels ausübt.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass es Eiichi Kido geschafft hat, in konziser Weise die Nachkriegsentwicklung Japans in Hinblick auf die Remilitarisierung kritisch und zutreffend darzustellen und zu analysieren. Ihm ist damit ein wichtiger Beitrag zur Nachkriegsgeschichte aber auch zur Debatte um Remilitarisierung und Friedenspolitik allgemein gelungen.

György Széll

Bernd Eberstein: Hamburg – Kanton 1731. Der Beginn des Hamburger Chinahandels

Reihe Gelbe Erde 2, Gossenberg: Ostasien Verlag, 2008, 97 S., EUR 15,00

Seit der Publikation seines prächtigen Bandes „Hamburg – China“ im Jahr 1988 hat sich der Autor wiederholt den deutsch- (speziell norddeutsch-) chinesischen Beziehungen gewidmet, zuletzt mit seinem 2007 erschienenen Werk „Preußen und China. Eine Geschichte schwieriger Beziehungen“. Nun hat der neu gegründete Ostasien-Verlag eine erstmals im Jahr 2000 als Mitteilungschrift der Hamburger Sinologischen Gesellschaft erschienene Schrift in überarbeiteter und erweiterter Fassung endlich auch einem größeren Publikum zugänglich gemacht – als 97 Seiten starkes, mit rund 50 Abbildungen sehr schön (wenn auch nur schwarzweiß) illustriertes Bändchen, das man gern in die Hand nimmt. Es taugt besonders auch als

kleines Geschenk an alle Geschichtsinteressierten, auch wenn diese weder speziell china- noch speziell hamburginteressiert sind.

Und damit wären wir bereits mitten im Thema angelangt. Anknüpfend an die Anfänge des hamburgischen Chinahandels führt der Autor den Leser nämlich hinein in Zeit, in der der Gedanke des freien Überseehandels zwar bereits längst gedacht war und publizistisch verfochten wurde – wie Eberstein zeigt, erstmals schon 1609 durch den Holländer Hugo Grotius –, in der zwei Quasimonopolisten, die britische East India Company und die holländische Verenigde Oost-Indische Compagnie, jedoch eiferstichtig über ihre Privilegien in jenem Handelssegment wachten, in dem am meisten Geld verdient wurde: dem Handel mit chinesischen Waren, namentlich Tee, Seide und Porzellan. Eine erfolgreiche Chinafahrt konnte, wie die Quellen zeigen, leicht einen Profit in der doppelten Höhe des eingesetzten Kapitals erbringen – klar, das solche Gewinnspannen auch anderen verlockend erschienen. Herausgefordert wurde das Handelsestablishment von diversen Newcomern, darunter Hamburger Kaufleute, die Ostender Kompanie und Schweden. Dabei fochten Engländer und Holländer mit allen Tricks und harten Bandagen, wobei sie nicht davor zurückschreckten, Schiffe der unerwünschten Wettbewerber zu kapern. Hineinverflochten in diese Auseinandersetzungen war aber auch die große europäische Politik der Zeit. Eine besondere Rolle spielte hier der österreichisch-deutsche Kaiser, der aus machtpolitischen Rücksichten den Freihandelsbestrebungen seitens der (österreichisch-niederländischen, d.h. belgischen) Ostender Kompanie sowie der Hamburger Kaufleute die erwünschte Unterstützung teils nur halbherzig gewährte, teils überhaupt verweigerte. Über alles dies schreibt Eberstein dank eingehender Archivstudien in überaus kenntnisreicher, dabei durchaus auch amüsanter und kurzweiliger Weise. Die Hamburger kommen mit ihrem Freihandelsden-